

© **Schwerpunkt »Landwirtschaft & Ernährung für eine Welt im Umbruch«**

Höfe mitnehmen auf dem Weg der Transformation

Ein Gespräch über die Notwendigkeit einer besseren und an die Höfe gewandten Agrarpolitik

mit Maria Noichl und Elisabeth Waizenegger

In den aktuellen »multiplen Krisen« steht die Landwirtschaft als Betroffene, Mitverursacherin und Akteurin neuer Lösungen mitten drin. Die Gesellschaft stellt vielfältige Forderungen an die Landwirtschaft und an ihre Transformation hin zu mehr Ökodieleistungen, Tierschutz, Bio etc. Wie werden diese Forderungen von Landwirt:innen erlebt? Hat die neue Agrarreform die passenden und unterstützenden Antworten gefunden? Was braucht es, um möglichst viele Höfe auf dem Weg mitzunehmen? Wir haben mit Maria Noichl, SPD-Europaabgeordnete und Vorsitzende des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege, und mit Elisabeth Waizenegger, Milchbäuerin aus dem Allgäu und Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, darüber gesprochen.

Landwirtschaft steht als Betroffene, Mitverursacherin und wichtige Akteurin mitten im aktuellen Krisengeschehen.

Frau Waizenegger – wie wird das auf den Höfen erlebt?

Elisabeth Waizenegger (EW): Das macht schon was, auch wenn man nach außen hin nicht so viel davon zeigt. Im Sommer sind die Bauern ja immer beschäftigt. Man hat einfach viel Arbeit. Da bleiben die Sorgen im Verborgenen. Viele wälzen die Probleme dann nachts im Kopf, und der psychische Druck nimmt ganz stark zu, da man nicht so genau weiß, wo es hingehen soll. Unter den Landwirten gibt es immer welche, die sagen »Ich mach alles richtig«. Aber viele machen sich Gedanken, weil sie bereit sind, etwas zu ändern. Aber man weiß einfach nicht genau, wo es hingehen soll. Man hat manchmal so das Gefühl, es soll morgen passieren, also ganz schnell. Aber keiner sagt genau *wie*, nur: »Macht mal!« Und das ist der aktuellen Agrarpolitik vorzuwerfen. Wir können nicht erkennen, wo das Ziel liegt, was genau geändert werden soll und in welchem Zeitraum. Die gesellschaftlichen Forderungen einerseits und die Unsicherheit andererseits, das macht die Leute schon sehr müde.

In welchem Bereich wird der Druck besonders stark empfunden?

EW: Unsere Region, das Allgäu, lebt ja von der Tierhaltung und es gibt viele Milchviehbetriebe mit Schwerpunkt Grünland. Wir selbst haben einen Bio-Milch-

viehbetrieb. Bei unseren konventionell wirtschaftenden Kollegen mildert der aktuell hohe Milchpreis die Probleme etwas ab. Aber die Kosten steigen, Energie wird teurer, Betriebsmittel werden teurer und fressen das bessere Milchgeld wieder auf. Es bleibt die Angst: Wie geht es weiter? Das hängt natürlich auch davon ab, wo man gerade in seinen persönlichen Arbeitsleben steht. Steht man mittendrin, am Anfang, oder schon am Ende? Ist der Hofnachfolger da, muss ich überlegen: investieren wir? Kann er darauf aufbauen? Lassen wir ihm genug Möglichkeiten offen? Der Druck ist da und viele haben Ängste. Bei manchen äußert sich das Ganze als Resignation. Es zeigt sich auch darin, dass man mit vielen Bauern gar nicht so richtig differenziert reden und argumentieren kann.

Frau Noichl, Sie kommen viel herum und haben auch gute Bezüge zur Praxis. Wie schätzen Sie die Situation ein?

Maria Noichl (MN): Ich erlebe, dass die Rolle »ich bin Landwirt bzw. Landwirtin« derzeit sehr aufgebrochen wird. Die Landwirte, mit denen ich zu tun habe, sind z. B. im Pfarrgemeinderat und zugleich in der Gemeinde, engagieren sich bei »Brot für die Welt« oder sie machen dies oder jenes. Sie bekommen vielfältige Informationen, sehen, wie z. B. die Baupreise steigen, wie Menschen arm sind, die Tafeln explodieren. Sie fragen sich: Was passiert bei uns? Wie geht es unseren Bauern? Wie denen auf der Südhälfte? Was pas-

siert in der Entwicklungspolitik? Sie erleben, wie alles miteinander in Verbindung steht. Auch die politisch ganz Uninteressierten wussten plötzlich, dass da ein Präsident in Brasilien ist, der den Regenwald verheizt und mit der ganzen Welt Sojageschäfte macht, und atmeten auf, als er abgewählt wurde.

Man sieht, dass es so, wie es ist, nicht bleiben kann. Und da erlebe ich, dass diese unterschiedlichen Rollen und Informationen oftmals auch große Unsicherheit, Ängste und ein »Nicht-mehr-weiter-Wissen« mit sich bringen. Eine Transformation unseres Agrar- und Ernährungssystems müsste viele Bereiche umfassen und für viele Menschen »ein guter Kuchen« werden.

Welche agrarpolitischen Schritte sind dazu notwendig?

MN: 2019 wurde in der Europäischen Union der *Green Deal* beschlossen. Er besagt: Das Schiff Europa muss sich ändern und zwar jeder Bereich: Verkehr, Landwirtschaft, Bau, Handel, alles muss sich ändern. Der Kurs muss neu bestimmt werden. Das sind zunächst Gedanken, wie z. B. »Die Biodiversität muss mehr geschützt werden«. Daraus entstehen Konzepte, wie etwa die Biodiversitätsstrategie. Als zweites Kind kam die Farm-to-Fork-Strategie, also der Gedanke, dass wir vom Hof bis zum Teller die gesamte Lebensmittelkette anschauen und verbessern müssen. Mit dieser neuen Strategie wird erstmalig das Ernährungssystem in den Mittelpunkt gestellt und nicht mehr nur der Landwirt. Aber ich gebe zu, das macht Angst. Wie werde ich angesehen, wenn ich Sachen mache, die angeblich der Gesellschaft nicht mehr gefallen? Darf ich überhaupt noch Tiere halten? Andererseits fühlen sich gerade die Biobetriebe und die umstellenden Betriebe gestärkt in ihrem Weg, weil sie spüren, dass mehr Menschen der Meinung sind, dass dies ein guter Weg ist.

Würden Sie so weit gehen zu sagen, die Landwirtschaft muss als systemrelevant anerkannt werden, sie muss deutlich breiter definiert werden, als nur Nahrung zu produzieren?

MN: Dass Landwirtschaft systemrelevant ist, das steht außer Frage. Aber die damit verbundenen Ökosystemdienstleistungen sind schwierig zu definieren. Dieser Wert ist gesellschaftlich auszuhandeln. Früher hat man gedacht, das sind Abfallprodukte, die nebenbei aus der Landwirtschaft entstehen: die Hecke, die Tieren Unterschlupf bietet, die vielfältige Wiese etc.. Das bietet die Landwirtschaft kostenlos der Gesellschaft an. Darüber muss man sprechen.

EW: Hier ist aber für Landwirte ein Dilemma entstanden. Viele beschäftigt das, ohne es richtig benennen zu können. Um auf dem Markt bestehen zu können, sind wir in Produktionsformen gegangen, die das, was Sie eben als »Abfallprodukte« nannten, teilweise gar nicht mehr erzeugen können. Das ist auch das Dilem-

ma. Wir wissen, wir müssen Dinge anders machen. Zugleich müssen unsere Höfe wirtschaftlich sein, damit wir davon leben können. Und in diesen vorherrschenden Rahmen und Markt, in dem wir uns bewegen müssen, da passt das Neue, Andere noch gar nicht rein. Und man fragt sich: Wie sollen wir diesen Übergang überhaupt schaffen?

Worin zeigt sich dieses Dilemma konkret auf Ihrem Betrieb oder bei Ihren Berufskolleg:innen?

EW: Wir gehen ja schon einen anderen Weg, aber viele Betriebe bei uns im Allgäu machen z. B. schon lange keine Weidehaltung mehr. Die Gründe sind vielfältig. Unter anderem ist es arbeitswirtschaftlich einfacher und im Hinblick auf die Rationsgestaltung und damit auch auf den Milchertrag »sicherer«, die Tiere im Stall zu lassen und komplett dort zu füttern. Das Dilemma für manche ist nun, und sie würden es vielleicht nicht sagen, aber sie spüren, dass damit auch ein Verlust einhergegangen ist, im Umgang mit den Tieren und für die Tiere. Bauern und Bäuerinnen bewegen viel in ihrem Kopf und sagen es dann nicht öffentlich.

MN: Ich würde das noch gerne ergänzen mit einem Beispiel von »Beiprodukten« aus der übrigen Wirtschaft. Fabriken, oder die Bahn: früher boten sie eigene Betriebswohnungen und -kindergärten an. Das hat man dann gelassen. Heute denken wir als Gesellschaft neu darüber nach, dass Wohnungen für die Bediensteten am Arbeitsplatz, beim Altersheim, beim Kindergarten geschaffen werden sollten, nur eben nicht mehr als unternehmerischer Gnadentakt, sondern gegen Bezahlung. Das geht der Landwirtschaft doch genauso. Der Wunsch vieler Landwirte, wieder mehr in die Breite gehen zu können, nicht nur Milch zu produzieren, sondern auch dazu die Tiere auf die Weide schicken zu können, das muss die Gesellschaft honorieren. Das genau war auch der ursprüngliche Grundgedanke der letzten Agrarreform. Wir nehmen Gelder aus der Flächenförderung raus und geben sie in die Förderung von Öko-Regelungen, die sog. Eco-Schemes.

Ursprünglich? Was ist daraus geworden?

MN: Der Lobbydruck, auch von großen europäischen Bauernverbänden, war immens: Sie wollten einen möglichst hohen Anteil der Direktzahlungen erhalten, die man für die Fläche erhält, die man hat, und wo man kaum etwas dafür tun muss. Dies spielte der konservativ-liberalen Mehrheit im Plenum des EU-Parlaments in die Hände. Bei den Öko-Regelungen hingegen, da muss man was tun, um Fördergelder zu bekommen, sie sind also eher leistungsgebunden. Das Dilemma ist, dass der Geldtopf gleich groß bleibt und die Mittel konkurrieren. Schlussendlich war die Mehrheit im Plenarsaal so, dass dieser Bereich nur einen Anteil von 25 Prozent mit einer sog. zweijährigen

Lernphase bekam und dann noch mit der Möglichkeit der Umschichtungen versehen wurde und so das Ganze nur ein »Reförmchen« wurde.

Hat sich also der EU-Dampfer wieder nur ein bisschen bewegt?

MN: Ich würde das anders sagen. Er hat sich bewegt! Die Kommission, im Besonderen der in dieser Sache federführende Frans Timmermans, meinte es ernst mit der Reform. Aber die Telefonleitung runter in den Agrarausschuss und vor allem zu den Mitgliedstaaten im Agrarrat hat nicht funktioniert. Das war das Problem. Jeder Bereich in Europa muss liefern. Überlegen Sie sich mal, wie es wäre, wenn, wie in der Autopolitik, das zeitlich benannte Ende des Verbrennermotors auch in der Landwirtschaft ein konkretes Datum für den Ausstieg aus bestimmten Produktionsverfahren gesetzt worden wäre! Wenn festgelegt worden wäre, ab welchem Jahr es nur noch flächengebundene Landwirtschaft geben darf. Ab wann du nur noch so viele Tiere haben darfst, wie du Fläche und eigenes Futter hast. Wir sehen doch weltweit, welche Folgen der Sojaimport hat. Daher muss so etwas aufhören. Aber diese kräftige und klare Entscheidung, die hat es für die Landwirtschaft nicht gegeben.

Frau Waizenegger, würde so eine Entscheidung Ihren Nachbarn helfen, Tiere auf der Weide zu halten und dafür nur noch 7.000 Liter zu melken?

EW: Es wäre gut, wenn wir ein solches Datum hätten. Uns fehlt doch der Zeitplan, um zu wissen, wer soll wann wo sein. Das fängt schon mit der Tierhaltungskennzeichnung an. Die Borchert-Kommission hat klare Zeitvorgaben gemacht und jetzt weiß keiner mehr, wie und was und wann finanzieren. Und wenn ich mir die deutschen Vorschläge für die GAP-Reform ansehe, dann fehlt mir das Ziel, die Vision. Wir von der Abl möchten ja möglichst viele Betriebe mitnehmen, egal wie diese gerade wirtschaften. Aber dazu müssen diese Betriebe doch auch die Möglichkeit erhalten, zu sehen, wo und wie sie sich verändern können. Das fehlt in den Vorschlägen. Nehmen wir die Vorschläge fürs Grünland. Da sind viele Punkte drin, die aber ein Betrieb, der relativ intensiv und viehstark wirtschaftet, gar nicht auf einmal erreichen kann. Es fehlen Trittsteine. Um ein Bild zu nehmen: Es stehen viele am Flussufer und sollen rüber, aber der Fluss ist zu breit, um zu springen. Also braucht es eine Brücke und Übergänge, zu denen ich hingehen kann. Aber die sind nicht da.

Was wären Trittsteine für die typischen Milchviehbetriebe mit Grünland bei Euch?

EW: Dem klassisch intensiven Grünlandbetrieb, dem kann man ja keinen Vorwurf machen, dass er jetzt da

steht, wo er steht. Er hat das gemacht, was gewünscht wurde: möglichst billig, möglichst viel. In den GAP-Vorschlägen zum Grünland steht dann, dass honoriert wird, wenn er seine Produktion auf 1,4 Großvieheinheiten (GV) pro Hektar in der gesamten Fläche extensiviert. Der Betrieb aber hat zwei GV pro Hektar oder mehr und damit diese Intensität. Wollte er runtergehen auf 1,4 GV, dann müssten Tiere zum Schlachter und er hätte weniger Milch. Der marktwirtschaftliche Rahmen aber bleibt gleich. Wie also soll er innerhalb dieses Rahmens auf eine extensive Wirtschaftsweise umschwenken und mit deutlich weniger Einkommen klarkommen? Hinzu kommt der Investitionsstau durch die schlechten Jahre für die konventionellen Betriebe. Wie fühlt man sich da? Das wurde einfach ausgeblendet. Klar brauchen wir die Biodiversität. Aber wo sind die Brücken, die Übergänge, die Veränderungsmöglichkeiten für solche Betriebe? Man hätte doch auch mit der Förderung extensiv bewirtschafteter Einzelflächen beginnen können. Die Borchert-Kommission hat Vorschläge entwickelt – das wären auch solche Trittsteine. Einer muss vom Anbindestall einen Übergang finden zum Laufstall, der andere hat das schon und könnte Weidehaltung machen oder einen Außenklimastall. Da gab es klare Stufen. Die Betriebe könnten sich dann langsam in eine andere Richtung bewegen. Auch hätten mehr Betriebe mitmachen können und wollen. Jetzt überlegen viele Grünlandbetriebe, ob sie überhaupt noch einen Mehrfachantrag stellen. Dabei ist es doch so wichtig, dass sich was ändert und dass möglichst viele mitgehen können. Hier ist eine große Diskrepanz entstanden.

MN: Ich war ja Verhandlerin und ja, wir wollten diese Veränderungsmöglichkeiten. Leider muss ich sagen: es waren einige Bioverbände, die das verhindert haben. Meine Idee war »lasst uns die Bio-Förderungen als das momentan ›Höchste‹ in die Erste Säule nehmen«. Wir hatten die klare Ansage, dass das rechtlich geht. Je mehr sich ein Betrieb schrittweise in Richtung Bio auf den Weg macht, desto mehr Förderung würde er auch als Betrieb erhalten. Das wären dann Kriterien gewesen wie »eigene Futtergrundlage« oder »extensive Weidehaltung« etc. Ich habe aber schmerzhaft erleben müssen, dass Bioverbände sagten: Nein, ein Bio light darf es nicht geben! Aber genau das wären diese Trittsteine gewesen. Betriebe hätten sich in Stufen hinbewegen können zu mehr Bio. Das wäre für die Betriebe nachvollziehbar und für die Menschen erkennbar und wir hätten auch das europäische Bio-Kontrollsystem nutzen können. Meine persönliche Meinung aber ist: Wenn ich Zug fahre und in der ersten Klasse sitze, habe ich doch nichts dagegen, wenn in der zweiten Klasse die Polster besser werden. Wir haben 90 Prozent der Fläche in konventioneller Bewirtschaftung. Da müssen sich nicht die Biobetriebe bewegen, da

muss sich die große Gruppe konventioneller Betriebe bewegen. Nur so bekommen wir eine echte Wirkung auf die Fläche. Nun ist die Bioförderung in der Zweiten Säule geblieben und es gibt keine Trittsteine.

Das eigentlich Richtige wäre doch: je mehr ich mich in die richtige Richtung bewege, desto mehr bekomme ich mit meinem Hof Geld, desto mehr Anerkennung auch durch die Gesellschaft bekomme ich. Nicht jeder kann dies tun, aber die das tun können, könnten es schrittweise. Ich schätze die Biobetriebe und ihre Verbände. Sie haben große Pionierleistungen vollbracht. Aber das haben sie leider verhindert.

Aber kann man da nicht die Bioverbände auch ein bisschen verstehen – je mehr Stufen, je ähnlicher wird das dem Verbands-Bio.

EW: Eigentlich ist das Quatsch, dass das dann »verwässert« wird. In dieser momentanen Situation können viele Betriebe nicht umstellen, weil der Markt nicht da ist. Das wäre doch ein Argument mehr zu sagen, dass möglichst viele Betriebe wenigstens in die Richtung Bio gehen können sollten. Mir ist wichtig, dass irgendwann einmal alle aus ökologischer Sicht vernünftig wirtschaften.

Ich persönlich möchte mich nicht hinstellen als Biobetrieb und mich damit brüsten. Ein Beispiel, das die Tierhaltung betrifft: Wenn meine Nachbarin einen neuen Stall gebaut hat, dann bin ich mir sehr sicher, dass der besser ist als unser Stall – auch, wenn dieser den Biorichtlinien entspricht, aber 20 Jahre alt ist. Wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen. Nur weil die Nachbarin konventionell wirtschaftet, ist das grundsätzlich nicht sofort das Falsche. Tatsächlich stehe ich mit der Tierhaltung in meinem alten Stall hinter ihr. An diesem Punkt. Sie verwendet vielleicht Sojaschrot, ich nicht. Da steh' ich wieder vor ihr. Und so weiter. Bio impliziert nicht gleich »besser«, was den Bereich der Tierhaltung betrifft. Anders ist das für die Bio-Landbewirtschaftung.

Die Kommission hat die Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung oder das sog. Naturschutzpaket erlassen. Nun kam große Kritik von den großen Bauernverbänden und die Kommission musste zurückrudern und vieles von dem zurücknehmen, was von ABL und Naturschutzverbänden begrüßt wurde. War dies kein richtiger Schritt in die richtige Richtung oder sind nur Fehler in der Kommunikation gemacht worden?

MN: Das Einsparziel von 50 Prozent ist nach wie vor richtig. Aber die Ansage der Kommission, europaweit in allen sensiblen Gebieten ein Pestizidverbot zu erlassen, sehe ich kritisch. Es war ja klar gesagt worden, dass, wenn der Landwirt z. B. in den Vogelschutzgebieten den geltenden Bewirtschaftungseinschränkungen zustimmt, es keine weiteren Einschränkungen

mehr gäbe. Hier sollten wir einen guten Kompromiss finden, wonach Schutzgebiete genauer definiert werden und von einem Totalverbot in einigen Gebieten abgesehen werden könnte.

EW: Mit diesem gebrochenen Versprechen fühlen sich die Landwirte doppelt verschaukelt. Beim nächsten Mal überlegt man sich, ob man sich noch einmal darauf verlassen kann. In der aktuellen Situation ist so ein Vertrauensschwund besonders schlecht.

Sollte an den ursprünglichen Zielen und Vorschlägen festgehalten oder sollten sie in irgendeiner Form relativiert werden?

MN: Die Kommission und das Parlament müssen sich diesen Vorschlag noch einmal ganz genau anschauen. Das Ziel der EU-Kommission teile ich dabei ausdrücklich. Aber wesentlich ist doch die Frage nach dem Ausgleich. Haben wir nicht immer davon gesprochen, dass es zu einer gemeinwohlorientierten Landwirtschaft kommen soll? Dazu aber brauchen wir auch eine Gesellschaft, die das Gemeinwohl honoriert. Sonst funktioniert es nicht. Sonst wird das einseitig den Landwirten aufgebürdet und die Städter holen sich den billigen Käse auf den Tisch.

Unter dem Stichwort »Zukunftsfähige Landwirtschaft« soll die Türe zur Gentechnik geöffnet werden. Wie stehen Sie dazu?

EW: Wir halten das für brandgefährlich.

MN: Das sehe ich auch so. Diese Öffnung zielt darauf, dass man künftig Gentechnik nicht mehr kennzeichnen muss, weil man sagt, diese neue Züchtungsmethode sei keine Gentechnik. Die Unternehmen könnten dann »unterm Radar« arbeiten, aber die Patentierung bleibt, die Lizenzsysteme bleiben. Das ist wirklich brandgefährlich. Wenn wir das zulassen, dann werden wir einen großen Artenverlust bei den Nutzpflanzen zu erwarten haben. Verlierer werden auch die mittelständischen Saatgutunternehmen sein, die noch Züchtung betreiben. Gut, dass es das Gerichtsurteil vom Europäischen Gerichtshof aus dem Jahr 2018 gibt, das besagt: Es ist Gentechnik und die neue Gentechnik fällt unter die europäische Gentechnikgesetzgebung.

Angesichts steigender Verbraucherpreise ist es schwierig geworden, noch über faire Preise zu sprechen. Wir müssen das dennoch tun. Denn, wie Sie sagen, es braucht Ausgleich und eine das Gemeinwohl honorierende Gesellschaft. Zugleich drückt sich die Wertschätzung doch auch über den am Markt erlösten Preis aus. Wie sehen Sie das?

EW: Schwierige Diskussion. Was sind faire Preise für die Produktion und für das, was ich zusätzlich leiste? Über den Markt honoriert werden müsste für uns Milchviehalter, wenn wir das tun, was die Gesell-

schaft grundsätzlich will: z. B. das Haltungssystem ist in Ordnung und allen Tieren geht es gut. Alles, was zusätzlich gemacht wird – und jeder Betrieb kann etwas machen –, das müsste als Gemeinwohlleistung von der Gesellschaft direkt honoriert werden. Es könnte eine Art Punktesystem sein oder ein Katalog.

MN: Vorbildhaft ist hier die Schweiz. Wenn ein Landwirt in der Schweiz in seinen Wald geht und findet dort einen Baum, in dem ein Specht sich eine Höhle gebaut hat, dann bekommt er für diesen sog. »Specht-Baum« Geld. Durch ein tolles Vertragsnaturschutzprogramm wird dieser Baum mit einem Radius von 50 Meter von der Allgemeinheit für 50 Jahre gepachtet und der Landwirt freut sich über die Zahlung und die Anerkennung. Wenn bei uns ein Landwirt in den Wald geht und findet so einen Baum, passiert es nicht selten, dass er die Kettensäge nimmt und ihn beseitigt, weil er Angst hat, dass sonst die Fläche unter Naturschutz gestellt wird. Es darf es doch nicht sein, dass Unterschutzstellung die Bestrafung für gute Arbeit ist. In der Schweiz brüsten sie sich mit der Anzahl der Specht-Bäume und bei uns heißt es: »Bist blöd, wenn du so einen hast«. Es geht auch um den landwirtschaftlichen Stolz. Landwirte wollen wertgeschätzt werden, wenn sie, wie Elisabeth Waizenegger eben sagte, einen Trittstein genommen haben. Wenn man sagt: Das hast du gut gemacht und wir unterstützen dich! Und nicht: Da musst du aber noch vier weitere Schritte gehen. Das wäre eine gemeinwohlorientierte Gesellschaft!

Wie stellen Sie sich die Preisbildung vor?

MN: Aus meiner Sicht heraus besteht der Preis aus drei Teilen. Der Pflichtpreis deckt ab, dass ich alle gesetzlichen Regeln einhalte, er deckt die Kosten, auch die meiner Arbeitsleistung. Ein weiterer Teil kommt als »Kür« obendrauf, wenn ich etwas am Betrieb ändere, Heumilch mache oder den Schweinen mehr Platz gebe. Das kann ich auf die Packung draufschreiben, das bezahlt der Verbraucher, weil er es sehen und verstehen kann. Dann gibt es weniger sichtbare Dinge, wie »bestäuberfreundlich« zu sein, gute Arbeit für das Grundwasser zu leisten. Das muss der Staat als Gemeinwohlleistung honorieren. Die Leistung des Landwirtes und seine betriebswirtschaftliche Entscheidung müssen wirklich honoriert werden; es darf nicht nur ein Ausgleich sein für entgangene Erlöse. Es macht doch keiner auf Dauer Ökosystemdienstleistungen als Betriebszweig, wenn er draufzahlt. Der Gemeinschaft müssen solche Entscheidungen was wert sein. Dazu sind die Steuermittel doch da! Dinge, die bisher angeblich umsonst waren, im Positiven wie im Negativen, müssen einen Preis bekommen. Das würde schon die Preisdebatte extrem verändern. Aber wir sind hier noch ganz am Anfang, was Kostenklarheit

und Kostenwahrheit angeht und welche tatsächlichen Kosten in einem Schnitzel stecken.

Im letzten Kritischen Agrarbericht haben Sönke Beckmann und Jürgen Metzner vom Deutschen Verband für Landschaftspflege, dem Sie, Frau Noichl, jetzt vorstehen, geschrieben: »Die Zeit ist reif, Agrarpolitik über eine Gemeinwohlprämie zukunftsfähig zu machen.« Wie sehen Sie das und was ist hier möglich? Können wir dies im Zuge der nächsten Reform erwarten oder gibt es Widerstand auf EU-Ebene?

MN: Es wäre jetzt bereits möglich, die Eco-Schemes durch ein Punktesystem in die nationale Aufteilung zu geben. Ein solches Punktesystem wurde vom Deutschen Verband für Landschaftspflege (DVL) vorgelegt. Andere EU-Mitgliedstaaten sollten diesem Modell folgen. Teilweise arbeiten sie aber auch bereits mit ähnlichen Modellen: Es wird eine Maßnahme identifiziert, und sie bekommt eine Bewertung, wie grün, hellgrün, dunkelgrün sie ist. Und es wird nicht nur ausgeglichen, sondern richtig honoriert. Das ist der einzige Weg, um Eco-Schemes auf der großen Fläche und bei 90 Prozent der Landwirtschaft nach vorne zu bringen. Wir müssen ganz deutlich machen, dass auf dem Acker zweierlei Geld verdient werden kann, entweder mit Weizen oder mit Gemeinwohl. Vielleicht aber auch in einer Kombination: Weizen mit Gemeinwohl. Es geht hier nicht um ein Entweder-Oder, sondern um Kombinationen und zeitliche Abfolgen, die sich im Geldbeutel bemerkbar machen und auf betrieblichen Entscheidungen beruhen. In der EU haben wir die Weichen gestellt – jedes Mitgliedsland könnte heute schon so ein Punktesystem einführen. In den Niederlanden machen sie es bereits.

EW: Die Abl hat in ihrem vergleichbaren Punktesystem zusätzlich die Tierhaltung sowie die Flächenbindung mit drin. Bei den Eco-Schemes fällt diese ja hinten runter. Dabei ist die Tierhaltung ein großer Teil der Landwirtschaft! Der soziale Aspekt ist uns ebenfalls sehr wichtig: Nicht nur Betriebsgröße und Flächenausstattung zählen, sondern z. B. auch die Schlaggröße. Wichtig sind die Wahlmöglichkeiten und damit auch gewisse Gestaltungsmöglichkeiten für den einzelnen Betrieb, unabhängig von der Größe. Wichtig ist auch, dass ich als Betrieb die Geschwindigkeit bestimmen kann.

Eine neuere Entwicklung sind Zusammenschlüsse, die sich von dem Markt in gewissem Sinne entkoppeln, z. B. die Solidarische Landwirtschaft oder die verschiedenen Regionalwert AGs. Sehen Sie das als Nischen an oder eher als Reallabore für die Zukunft?

EW: Ich bezweifle, dass diese Zusammenschlüsse eine Möglichkeit für alle werden könnten. Sie bleiben Nischen, durchaus auch größere Nischen. Aber sie sind

Keimzellen für eine Bewusstseinsänderung bei den Konsumenten, da sie die Kontakte zum Erzeuger, zu Bauern und Bäuerinnen, enger knüpfen und man ins Gespräch kommt.

MN: Ich erlebe diese als eine Möglichkeit, Nachfrage zu verstetigen und könnte sie mir in weit größerem Maßstab vorstellen. Wesentlich für mich ist hier der Grundgedanke: »Wir nehmen eure Produkte ab und binden uns dazu vertraglich«. Ein solches Versprechen könnten wir auch geben, indem wir der Gemeinschaftsverpflegung eine Bio-Quote geben würden. Denn, wenn wir 30 Prozent Bio haben wollen, benötigen wir eine stetige Nachfrage, Tag für Tag. Wir haben daher als SPD im Bundestag ganz klar die Forderung gestellt, dass große Kantinen, Krankenhäuser, Kindergärten usw. 30 Prozent Bio verkaufen müssen. Wenn eine Gesellschaft Bio will, dann kann ich nicht nur die Biohöfe wollen, sondern muss auch deren Produkte essen.

Was ist für Sie abschließend besonders wichtig?

EW: Wir müssen Entscheidungen treffen, Ziele formulieren – jetzt, solange das noch gut möglich ist. Und nicht die Sache verschleppen, wie z. B. in der Energiepolitik, wo wir heute unter Druck handeln müssen. Es ist jetzt einfach ganz wichtig, dass viele Menschen erkennen (auch in der Landwirtschaft und bei den Verbänden), wie existenziell wichtig es ist, dass wir jetzt ins Handeln kommen. Nur dann haben wir noch Möglichkeiten zu entscheiden. Für mich ist diese Situation im Energiesektor ein warnendes Beispiel und dies sollte sich im Ernährungsbereich nicht wiederholen. Dabei müssen wir uns als Bäuerinnen und Bauern immer und immer wieder einmischen.

MN: Ich möchte das unterstützen. Nehmen wir als Beispiel den Kohleausstieg. Da gab es Entscheidungen,

Zeithorizonte, Gesetze und finanzielle Unterstützung für den notwendigen Strukturwandel. Wir dürfen natürlich nicht außer Acht lassen, dass unsere deutsche und europäische Landwirtschaft in das weltweite Handelssystem eingebettet ist. Ich will nicht dem Protektionismus das Wort reden, aber wenn wir Systeme entwickeln, in denen Landwirte auch als Ökodienstleister etc. ihr Einkommen verdienen können, dann benötigen wir einen gewissen Außenschutz. Und dies muss auch für Länder außerhalb Europas gelten, damit sie die Möglichkeit haben, ihre Lebensmittel selbst zu erzeugen und damit entsprechende Ernährungssouveränität erreichen zu können.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Gespräch führte Andrea Fink-Keßler



Maria Noichl

SPD-Europaabgeordnete, Mitglied des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und Vorsitzende des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege (DVL) e.V..

maria.noichl@cablenet.de
www.maria-noichl.eu



Elisabeth Waizenegger

Bio-Milchviehbäuerin im Allgäu und Vorstandmitglied der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V.

reaizen@posteo.de